

MEINUNG

RAINER
NOWAK

Warum Grete Laska bleiben muss

Neues Kapitel im Prater-Vorplatz-Wahnsinn: Die Stadt trieb die Kosten offenbar in die Höhe und darf nun die Gläubiger zum Teil auszahlen.

Als ob er optisch nicht schlimm genug wäre, der Prater-Vorplatz kostet auch weiterhin Steuermittel. Am Mittwoch wurde am Handelsgericht die „großzügige“ Geste der Stadt Wien abgesegnet. 40 Prozent der offenen Forderungen der übrig gebliebenen Gläubiger der Prater-Vorplatz-Pleite übernimmt demnach die Stadt.

Laut einem Bericht der Masseverwalterin, die somit ein leichtes Naheverhältnis zum Unternehmen hat, ist die Stadt nicht nur für die Wahl des Kitsch- und Chaos-Unternehmens verantwortlich, sondern offenbar auch für eine Verschärfung von dessen finanzieller Situation: Dass es mit Jahresende 2007 eng wurde, war auch Ergebnis (teurer) Änderungswünsche der Stadt, die der Generalunternehmer nicht habe einkalkulieren können. Das Unternehmen treffe genau genommen keine Schuld an dem Fiasko . . .

Fragt sich nur, wie der Platz ohne Änderungswünsche der Stadt ausgesehen hätte? Etwa schöner? Oder weniger stil-echt im Sinne Laskas? Oder eben beides? Wir werden es nie erfahren.

Dass Grete Laska wegen der Affäre – das Unternehmen wurde quasi freihändig beauftragt – bald zurücktreten wird, wie jüngst kolportiert wurde, ist bestenfalls ein frommer Wunsch. Sie bleibt, solange Wahlkampf ist. Sie bleibt, solange Prater-Vorwürfe erhoben werden. Denn ein Rücktritt wäre ein Schuldeingeständnis. Und damit muss sie nach der kruden Rathaus-Logik bleiben. Obwohl sie vielleicht gar nicht mehr will. Was fast verständlich ist.

(Bericht: Seite 10)

rainer.nowak@diepresse.com